

Zollikon, 3. Mai 1999

KR-Nr. 144/1999

**ANFRAGE** von Elisabeth Derisiotis-Scherrer (SP, Zollikon)

betreffend Wohnraum für Asylsuchende

---

Im Zusammenhang mit den am letzten Freitag in der Tagespresse erschienenen Berichten über die Vermietung von Wohnraum für Asylsuchende in Volketswil auf Kosten der bisherigen Mieterschaft, bitte ich den Regierungsrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Hat sich der Regierungsrat im vorliegenden Fall dafür eingesetzt, dass der gesetzlich festgelegte Rechtsanspruch auf Anfechtung der Kündigung beziehungsweise Erstreckung des Mietverhältnisses der bisherigen Mieterinnen und Mieter vollumfänglich gewahrt wird?
2. Wie stellt der Regierungsrat in Zukunft sicher, dass staatliche Instanzen auch in ausserordentlichen Situationen die persönlichen Rechte von Mieterinnen und Mietern aus deren Mietvertrag respektieren?
3. Was unternimmt der Regierungsrat, um zu verhindern, dass staatliche Instanzen privaten Vermietern dazu verhelfen, aufgrund einer Notsituation aus Mietverträgen mittelfristig Gewinne zu erzielen, die sonst kaum möglich wären?
4. Was tut der Regierungsrat konkret, um die Situation der Ausländerinnen und Ausländer auf dem Zürcher Wohnungsmarkt zu verbessern, beispielsweise sie mit den notwendigen Rechtskenntnissen zu versehen?
5. Welche konkreten Schritte hat der Regierungsrat im Hinblick auf die zu erwartende Zunahme an Flüchtlingen aus dem Kriegsgebiet in bezug auf deren Unterbringung bis heute unternommen?
6. Eine sinnvolle Massnahme für alle Beteiligten ist sicher eine grosszügige Regelung der Familien- und Verwandtenzusammenführung. Hat sich der Regierungsrat aktiv um eine diesbezügliche Regelung bemüht?

Elisabeth Derisiotis-Scherrer